

57

Die absolute Mehrheit von 57 Prozent der Deutschen ist der Ansicht, dass die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien dringend stärkere Qualitätskontrollen benötigt. Etwas mehr als ein Viertel (27%) ist nicht dieser Ansicht. Das hat eine repräsentative Umfrage von INSA im Auftrag der „Tagespost“ ergeben.

Je weiter rechts sich die Umfrageteilnehmer im politischen Spektrum verorten, desto häufiger sehen sie hier dringenden Handlungsbedarf: Dieser Anteil steigt von 45 Prozent bei den linksorientierten bis auf 71 Prozent bei den rechtsorientierten Befragten an. Einzig Wähler der Grünen geben relativ-mehrheitlich an, dass sie keinen Bedarf an stärkeren Qualitätskontrollen sehen (46%). Bei allen anderen Wählergruppen überwiegt jeweils mehrheitlich der Anteil derer, welche diese Qualität stärker kontrollieren würden.



Dumm gelaufen

VON JOSEF BORDAT

Ergebnisportreignisse aufzuzeichnen, um sie sich dann anzuschauen, wenn man Zeit und Muße hat, neudeutsch: re-live, ist in Zeiten allgegenwärtiger Informationsangebote keine gute Idee. Andererseits ist es auch keine gute Idee, sich nachts aus dem Bett zu wälzen. Also arrangierte ich eine Aufnahme des nächtlichen Fußballspiels, um es zu etwas angenehmeren Zeiten in voller Länge zu sehen. Um mir die Spannung zu erhalten, mied ich soziale Medien, soziale Kontakte und asoziale Zeitgenossen, die Gespräche großlos und unvermittelt mit den jüngsten Sportresultaten beginnen. „Mann, zwei eins! Haste gesehen?“ Nein, eben nicht. Noch nicht. Wirklich sicher kann man sich da nur im Schoß der Kirche fühlen. Gut, mit den Ministranten sollten sich meine Wege nicht kreuzen, aber ansonsten erwartete ich für den Gottesdienst am Vormittag die übliche Ignoranz. Meine Rechnung hatte ich ohne den Pfarrer gemacht, der in seine Predigt einen ausführlichen Spielbericht einbaute, um das Thema „Gerechtigkeit“ niedrigschwellig zu illustrieren. Man kann sich auf nichts mehr verlassen.



Christen in Indien beten für den Frieden. Doch die Gewaltbereitschaft gegen sie ist groß und scheint staatlich gedeckt zu sein.

Foto: IMAGO/Eyepix/ABACA

Gewalt gegen Christen

Seit Anfang Mai 2023 schwelen Unruhen im nordöstlichen indischen Bundesstaat Manipur. Die brutalen ethno-religiösen Ausschreitungen sollen nun mit starker Militärpräsenz bekämpft werden **VON CARSTEN BECK**

Die insgesamt beunruhigende Situation in Indien hat in den vergangenen Jahren immer mehr Aufmerksamkeit auf sich gezogen und wirft ein Schlaglicht auf die Bedrohung, mit der christliche Minderheiten in der Region konfrontiert sind. Die in Neu-Delhi ansässige Organisation „United Christian Forum“ (UCF) berichtete in einer Erklärung vom 11. Juli dieses Jahres, dass zwischen Januar und Juni 2023 mindestens 400 gezielte Angriffe auf Christen in Indien verübt wurden. Im vergangenen Jahr hatte die überkonfessionelle Organisation im selben Zeitraum 274 Angriffe in 23 indischen Bundesstaaten gezählt. Es gibt demzufolge fast zwei Dutzend indische Bundesstaaten, in denen die Situation der antichristlichen Gewalt besorgniserregend steigend ist.

Die meisten von ihnen haben Anti-Bekehrungsgesetze installiert und werden von der Bharatiya Janata Party (BJP), der pro-hinduistischen Partei von Premierminister Narendra Modi, regiert. Laut Medienberichten hält der Anstieg antichristlicher Gewalt seit 2014, als Modi an die Macht kam, an. Die Täter gehören häufig extremistischen Gruppen an, die der pro-hinduistischen Ideologie der BJP nahestehen.

Seit Mai kommt es im indischen Bundesstaat Manipur immer wieder zu heftigen Übergriffen auf Christen. Dabei beheimatet Manipur eine Vielzahl von Völkern verschiedener Religionszugehörigkeiten, darunter auch Muslime und andere religiöse Gruppen. Während viele Gläubige friedlich miteinander koexistieren, haben dennoch vor allem christliche Gemeinden mit einer Zunahme von Angriffen zu kämpfen. Von körperlicher Gewalt über Sachbeschädigung von Kirchen und religiösen Einrichtungen bis hin zu sozialer Diskriminierung und Einschüchterung ist alles dabei. Eine der Hauptursachen für die Gewalt gegen

Christen in Manipur ist die tiefe Verwurzelung ethnischer und religiöser Spannungen in dem Staat. Manipur ist ein Schmelztiegel unterschiedlicher ethnischer Gruppen, die um politische und wirtschaftliche Ressourcen kämpfen.

In dieser angespannten Atmosphäre werden religiöse Minderheiten oft zu Zielscheiben für Frustrationen und Feindseligkeiten. Mit diesem Feuer spielen extremistische Gruppen und fundamentalistische Strömungen in der Region ein gefährliches Spiel. Dahinterstehende Organisationen verbreiten eine anti-christliche Rhetorik und verstärken dadurch die Spannungen zwischen den religiösen Gemeinschaften. Anstatt Dialog und Verständigung zu fördern, setzen sie auf Hass und Gewalt, was zu einem gefährlichen Klima der Intoleranz führt.

Die seit Mai anhaltenden Unruhen in Manipur haben ihre jüngsten Ursprünge ganz offensichtlich in einer Entscheidung des „Manipur High Court“, des Obersten Gerichtshofes des Bundesstaates. Die Richter erkannten dabei den Meitei, einer überwiegend hinduistischen ethnischen Gruppe, den Status einer „geschützten Minderheit“ zu. Dieser Status soll im Vielvölkerstaat Indien strukturelle Diskriminierung abbauen und den Angehörigen von Minderheiten bestimmte Vorteile gewähren. Allerdings interpretierte die christliche Minderheit der Kuki den Richterspruch als Versuch, die Macht zugunsten der hinduistischen Mehrheit auszubauen, da die Mehrheit der Bevölkerung Manipurs aus den Meitei besteht und diese ohnehin die politischen Entscheidungen kontrollieren.

Das Oberste Gericht Indiens dagegen bezeichnete die Entscheidung des Manipur High Court bereits als „absolut falsch“.

Ein weiterer Auslöser der Unruhen war die verbreitete Aufforderung an die Kuki, eine andere ethnische Gruppe, ihre traditio-

nellen Wohnorte in bestimmten Waldgebieten zu verlassen. Die Meitei könnten daraufhin mit anerkanntem Stammesstatus das Recht ausnutzen und Land in den Bergregionen kaufen. Es handelt sich dabei um das angestammte Land der überwiegend christlichen Kuki-Volksstämme, die nun fürchten, verdrängt zu werden. Dies führte zur eskalierenden Situation, da hindu-extremistische Gruppen die ethnischen Ausschreitungen als Vorwand nutzen, um gezielt gegen Christen, sowohl aus der Kuki- als auch aus der Meitei-Gemeinschaft, vorzugehen. Mittlerweile sind über 100 getötete Angehörige der Kuki zu beklagen, über 50.000 Menschen befinden sich auf der Flucht.

In der erschreckenden Gesamtlage scheint die Regierung Indiens seltsam wenig engagiert. Bis auf den Militäreinsatz ist von offizieller Seite kaum Regung zu vernehmen.

Selina Biedermann von der Menschenrechtsorganisation „Christian Solidarity International“ (CSI) sieht die Ursachen in der Parteinahme der herrschenden Politik für die Hindus. Gegenüber der „Tagespost“ stellt sie fest: „Die BJP des indischen Premierministers Narendra Modi konzentriert sich auf die Umsetzung einer pro-hinduistischen politischen Agenda und setzt ihre Ideologie des Hinduismus durch, in der allein die Hindu-Kultur die indische Nation und ihre Identität definiert. Dabei werden christliche und muslimische Minderheiten diskriminiert.“

Christen machen 2,3 Prozent der 1,4 Milliarden Einwohner Indiens aus und werden über sogenannte „Anti-Bekehrungsgesetze“, die in einigen Bundesstaaten gelten, gesetzlicher Willkür unterworfen. Obwohl das Christentum seit fast zweitausend Jahren in Indien vertreten ist, stellen radikale Hindus Christen oft als Nicht-Indier dar. Anlässlich der Ausschreitungen

in Manipur wird behauptet, dass die Regierungspartei BJP die Gewalt gegen die christliche Minderheit weiter anheizt. Weder die von der BJP geführte Provinz noch die indische Bundesregierung haben die Taten bisher in Gänze verurteilt. Es geht das Gerücht, dass die massive Zerstörung christlicher Kirchen in Manipur von staatlichen und zentralen Behörden unterstützt wurde.“ Ihre Organisation hat deshalb – und nicht zuletzt auch wegen dieser Gerüchte – den indischen Premierminister Modi aufgefordert, der Sicherheit und den Rechten religiöser Minderheiten in Indien große Aufmerksamkeit zu schenken.

Immerhin hat der indische Premier nun, mehr als zwei Monate nach Ausbruch der Unruhen reagiert und äußerte seine Empörung über eine öffentliche Schändung christlicher Kuki-Frauen durch Meitei-Hindus. Die jüngste der betroffenen Frauen, Mitte 20, war brutal vergewaltigt, der Vater und der Bruder der anderen Frau bei dem Überfall ermordet worden. Modi hat jüngst Strafverfolgung zugesichert und will die Vorwürfe gegen ihn, er hätte zu den Gewalttaten in Manipur geschwiegen und sei nicht in der Lage, die Unruhen zu kontrollieren, offensichtlich entkräften. Mittlerweile wurden auch erste Fahndungserfolge und Festnahmen bekannt gegeben.

Das karitative Wirken christlicher Gemeinschaften ist ein nicht zu unterschätzender Faktor im Sozialgefüge Indiens. Es tut Indien reputationstechnisch nicht gut, zu den Staaten zu gehören, in denen Christen wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Es ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung Indiens, dass die indische Regierung dringend handelt, um die Sicherheit und Rechte der christlichen Minderheit in Manipur zu schützen und ethnische Spannungen zu reduzieren.